

Hallesche Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Hallesche Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Preis beträgt 1,60 Reichsmark, durch Abgabe bei den Zeitungsverkäufern, durch Post 2,10 Reichsmark, 40 Pfennige Postgebühr. Jedes Heft kostet 10 Pfennige. Die Preislisten werden nach Bedarf, unter Angabe der Zeitungsnummer, die Seite 225 Reichsmark.

Alle Anzeigen, die im gleichen Wochentag in der „Mitteldeutschen Zeitung“ erscheinen, besonders Anzeigen, Verlobungen, Heirat, Todesanzeigen in d. G. D. Druckverlag 17, Leipzigerstr. 17, Leipzig. Sonntagsnummer 1931, Preis 10 Pfennige. „Gesetzgebung“ 10 Pfennige. Sonntagsnummer 1931, Preis 10 Pfennige. „Gesetzgebung“ 10 Pfennige. Sonntagsnummer 1931, Preis 10 Pfennige. „Gesetzgebung“ 10 Pfennige.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Untersuchungsausschuss des preussischen Landtags für die Barmat-Affäre hat gestern Mittag noch einige Zeugnisse und verlegt sich dann bis zum 20. September.

Gegen den Polizeipräsidenten a. D., Richter, ist von der Staatsanwaltschaft das vor vier Wochen eingestellte Ermittlungsverfahren wegen Verbautes der passiven Befehlsgebung wieder aufgenommen worden. Richter wird auch in Beziehungen zu dem unerklärlichen Verschwinden aller Straßenzüge gebracht, die seit zwei Jahren fortlaufend im Berliner Polizeipräsidium gegen die Barmats eingingen, ohne daß ihnen auch nur ein einziges Mal Folge gegeben worden wäre.

Der förmliche Landtag hat die sozialistischen und kommunistischen Anträge auf Auflösung des Landtages in namentlicher Abstimmung mit 40 Stimmen der Deutschen Volkspartei, Demokraten und Mehrheitssozialisten gegen 38 Stimmen der Deutschen Nationalen, Linkssozialisten und Kommunisten abgelehnt.

Die Generalversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes hat in später Nachtstunden den Streik der Bauarbeiter von Groß-Berlin beschlossen. Zwangsigtaugend Bauarbeiter werden am Freitag früh in den Streik treten. Bei der Abstimmung über den Streikspruch wurden 9435 Stimmen für den Streik und 1522 dagegen abgegeben.

Der Reichspräsident empfing die Vertreter des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine zum Vortrag über die Lage und die Wünsche des deutschen Haus- und Grundbesitzes. Ferner empfing der Reichspräsident Delegierte des Hauptverbandes des Reichsbundes deutscher Mieter, die ihm die gegenwärtige Lage der Mieter und deren Anträge zur Mietsgesetgebung und zur Befreiung der Wohnungsnot vortrugen.

Die Forderungen der Reichsbahnarbeiter sollen am Montag der Generaldirektion der Reichsbahn übergeben werden. Wie mitgeteilt wird, wird die Reichsbahn Verhandlungen nicht ablehnen, aber sie sieht sich außerstande, bei der jetzigen Finanzlage der Eisenbahn neue Ausgaben ohne Deckung zu übernehmen.

Wierundzwanzig bedeutende englische industrielle Organisationen verpflichten einen Aufruf zur Teilnahme an einer Zusammenkunft in Birmingham am 23. Juli, bei der die Regierung aufgefordert werden soll, den notwendigen britischen Industrien zu Hilfe zu kommen.

Der italienische Finanzminister de Stefani und der Wirtschaftsmminister Nava sind zurückgetreten.

Nach einer Meldung aus Helsingfors hat der estländische Minister des Auswärtigen die Regierungen von Polen, Lettland und Finnland zu einer Konferenz der Minister des Auswärtigen eingeladen. Die Konferenz tritt am 25. Juli in Reval zusammen.

Der bulgarische König hat zu weiteren acht Todesurteilen in den Kommunistenprozessen die Genehmigung zur Vollstreckung gegeben. Die bulgarischen Kriegsgericht haben bis Ende letzter Woche gegen Mitglieder der kommunistischen Organisationen 54 Todesurteile gefällt.

Das Kriegsgericht in Philippopol (Bulgarien) verurteilte von 27 kommunistischen Angeklagten elf zum Tode und 14 zu insgesamt 70 Jahren Zerk, während zwei freigesprochen wurden.

Nach einer Neumeldung aus Konstantinopel wurde der erste Sekretär der britischen Botschaft erschossen aufgefunden.

Die „Daily Mail“ aus Newyork meldet, hat das Staatsparlament der Vereinigten Staaten den Senat den Gehlechtsrecht des vollständigen Einzelvertrags für Kommunisten vorgelegt. Veranlaßt ist die Maßnahme durch den Abtritt zahlreicher kommunistischer Mitglieder aus Mexiko nach Niederwerfung des mexikanischen Aufstandes.

Vorläufig keine außenpolitische Debatte.

Berliner Brief.

(Von unserer Berliner Vertretung.)

Am Sonnabend verläßt die deutsche Antwortnote Berlin. Der Reichspräsident hat die Formulierung der Antwort gebilligt, ohne daß nachträgliche Änderungen und Zufüge erforderlich gewesen sind. Warum die Regierung keine vorherige Debatte im Reichstag wünscht, haben Kanzler und Außenminister gestern und heute nochmals ausführlich dargelegt, nachdem man schon auf dem üblichen Umweg über den Pariser „Matin“ seit Sonnabend wußte, daß Frankreich keine Verhandlungsbereitschaft

dem deutschen Vorschlag, völlig unabhängig von der Sicherheitsnote, ausdrücklich erklärt hatte. Der „Temps“ hatte am Montag schon die Möglichkeit ventiliert, daß es bereits Anfang August zu direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich kommt. Dr. Stresemann hat auf seinen Zweifel geantwortet, daß er in diesem Stadium deutsch-französischer Annäherungen die öffentliche Aussprache im Plenum des Reichstages für eine unnötige Belastung und unter Umständen auch Gefährdung der Bewegungsfreiheit ansieht.

Was über den Inhalt der deutschen Antwortnote zu sagen ist, muß sich auf parlamentarische Informationen beschränken, da die Reichsstellen prinzipiell das vom Außenminister organisierte Schweigegebot wahren. Danach heißen die

Offiziere außerhalb der deutsch-französischen Verhandlungen.

Die sich auf die deutsch-französischen Grenzbeziehungen einschließlichen der Rheinabriegelung konzentrieren sollen. Wenn es zu direkten Verhandlungen mit Frankreich kommt, was so gut als sicher ist, dann sind die übrigen Fragen, wozu auch der Eintritt in den Völkerbund gehört, vorläufig als Nebenfragen zu betrachten. Erst in den Verhandlungen selbst werden sie eine Bedeutung gewinnen. Welchen Wert auch Frankreich auf eine Beschleunigung der Materie legt, beweist eine Haavasmedung, wonach Briand seinen zum 12. Juli fälligen Urlaub auf unbestimmte Zeit verlagert hat, wegen „außenpolitischer Verhandlungen“.

In den Handelsvertragsverhandlungen

ist inzwischen unsere Voraussage, daß es nicht zu einem Zollkrieg mit Frankreich kommt, überraschend schnell bestätigt worden. Es ist aber auch in Paris vereinbart worden, daß bis zur Wiederaufnahme der Belpredung eine wohlwollende Auslegung der früheren Abmachungen zu Zugeständnissen von beiden Vertragsparteiern politisch beabsichtigt werden soll. Man kann also damit rechnen, daß man gegenseitig die Zolltarife weitherzig auslegen wird. Im übrigen ist keine Vertagung bis zum Herbst erfolgt, sondern die Delegationen wollen wieder zusammentreten, sobald die neuen Zollgesetze vorliegen. Hierfür gründet auch die Reichsregierung ihre neuerlichen Verträge bei den Regierungensparteien, unter allen Umständen die

Zollgesetze noch in diesem Monat zu verabschieden.

In den Wirtschaftsverhandlungen mit Italien stehen wir vor einem Provisorium. Im Zollkrieg mit Polen haben die letzten Zoll-erhöhungen, die seit Montag gültig sind, so gut wie keine praktische Bedeutung. Denn auf den

Die Lage in Marokko.

Um den weiteren Abfall der Stämme in Marokko zu verhindern, wurden von den Franzosen folgende Maßnahmen ergriffen: Kavallerieabteilungen mit Panzerautos wurden in die Gegenüberliegenden Stämme geschickt, die des Abfalls verdächtig sind, ebenso einflußreiche Eingeborene, die Frankreich ergeben sind. Sie sollen die Führer der Stämme überzeugen, daß Frankreich entschlossen ist, den Kampf bis zum Ende zu führen. Ferner wurde beschlossen, die Wechsalen auszugeben, d. h. jeder Stamm muß eine Anzahl von Reuten für den Kampf gegen Abdel Krim stellen. Die französischen Zivilkontrolleure begannen mit der Aushebung.

Von der Kampfront verlanzt, daß die Franzosen möglichst von Mesa einen Hofen aufgeben müssen. Wie die „Times“ aus Tanger meldet, ist Toga

Grenzpolizistern mit Polen ist Ruhe eingeleitet. Nur die Grenzbahnhöfe sind mit Güterwagen vollgestopft. Bei diesen enormen Zöllschüssen hat kein Mensch in Polen oder in Deutschland Interesse, Waren aus dem Nachbarland herinzubekommen. Die Wirtschaftsbeziehungen ruhen also bis auf weiteres.

Die Gründe der Regierung.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat Mittwoch mittag zu einer außerordentlich stark besuchten Sitzung zusammen. Dem Reichskabinett waren mit dem Reichstanzler Dr. Luthar, Außenminister Dr. Stresemann, Innenminister Schiele und Reichswehrminister Dr. Gheiler erschienen, ferner zahlreiche Vertreter der Länder. Die Ausschussmitglieder selbst hatten sich fast vollständig eingefunden, auch der Reichstagspräsident Löbe wohnte den Verhandlungen bei.

Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende Abg. Hergt (Dnat.) Mitteilung von einem Schreiben des Abg. Müller-Frankan (Gop.), worin unter Hinweis auf die Vorgänge im Plenum am Schlusse der letzten Woche der Wunsch ausgedrückt wird, die Frage zu klären, ob eine außenpolitische Aussprache im Plenum des Reichstages stattfinden solle. Reichstanzler Dr. Luthar erklärte hierzu:

Die Reichsregierung beabsichtigt, vor Abendung der Antwortnote auf die französische Note mit dem Auswärtigen Ausschuss in nochmalige Sitzung zu treten. Dies soll erfolgen, sobald ein Text für die Antwortnote in der Regierung selbst durchgearbeitet ist.

Dagegen diese Note nach dem Stande der internationalen Erörterung des gesamten Problems noch nicht einen abschließenden Charakter tragen werde, so könnten inmerhin wesentliche Vorfragen darin bereits zur praktischen Entscheidung kommen. Die Regierung halte eine Erörterung im Plenum des Reichstages vor Abendung der Note nicht für zweckmäßig, halte dagegen an der Auffassung fest, daß nach der Abendung eine Erörterung im Plenum angezeigt sei.

Bei einer Aussprache im Plenum vor der Abendung müßte die Reichsregierung befürchten, daß im Laufe der Erörterung sich ein Eingehen auf die Einzelheiten der Note doch nicht vermeiden ließe, wodurch dann der diplomatische Lauff, derartige Noten vor der Abarreichung nicht bekannt zu geben, verlegt werden würde.

Die auch der Regierung bei der Gesamtlage und bei der Bedeutung erwünschte parlamentarische Mitwirkung sei ja durch die in Aussicht genommene Fühlungnahme mit dem Auswärtigen Ausschuss gesichert. Hieran schloß sich eine ausführliche Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf der Reichstanzler und der Reichsminister des Auswärtigen wiederholt das Wort nahmen. Zum Schluß folgte der Vorz. Abg. Hergt (Dnat.) sehr, daß er entsprechend den Erklärungen des Herrn Reichstanzlers mit der Regierung im Benehmen bleiben werde, um, sobald die Verhandlungen des Kabinetts über die bevorstehende Antwort zur Sicherheitsfrage abgeschlossen seien, eine neue Sitzung des Auswärtigen Ausschusses anzuberaumen.

Wie wir zuverlässig erfahren, findet eine Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten über die außenpolitische Lage des Reiches in der dritten Juliwocde in Berlin statt.

Südhina als Sowjetstaat.

Die Bonhoner „Morning Post“ meldet aus Schwangai: Die südhinische Regierung hat den Konstantiner ihre Unabhängigkeit von der Berliner Regierung angezweifelt. In der Mitteilung bezeugt sich die südhinische Regierung erstmals als Regierung der Arbeiter und Bauern Chinas (Sowjetstaat).

London, 9. Juli. Auf zahlreiche Fragen wegen der englisch-russischen Beziehungen erklärte Chamberlain im Unterhaus, das Parlament habe alle Informationen erhalten, die er geben könne. Ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen werde von der Regierung nicht erzwungen.

Ein Kriegsdenkmal am Rhein?

Von Professor Dr. Frh. Kern, Bonn.

Wir Reichsgesandten am Rhein sind mit dem Kaiser Oberbürgermeister Wdenauer teilen eines Sinnes und haben ihm in den Krühen der letzten Jahre nicht immer das Vertrauen bewahren können. Das hat indes nicht abhalten, der Freude darüber Ausdruck zu geben, daß Herr Wdenauer bei der Jahrestagung am 10. Juni aus dem Herzen gesprochen und Worte geprägt hat, die weit über die Zeit hinaus gültig sind. Wir wünschen, daß es keine Zäsurung war, wenn das mächtige Kaiser Statuett, der Führer der zahlreichen Parteien im Lande, verkündet hat: „Wir werden Traube anfertigen wird und wie sie in der Gärung die unreinen Bestandteile auszieht, um dann zu dem fähigsten Saft heranzumachen, daß die Strahlen der Sonne in sich aufgenommen hat, so ist es uns Rheingebirgen gegangen. Auch wir haben die Reiter durchgemacht in den veranagten Jahren, auch wir haben in unserer Gärung alle unreinen Elemente ausgelesen.“

Diese Behauptung hat der Redner dann gleich nach einer dankenswerten Erläuterung erhärtet, mit der er wahr überliefert, Sighens und Wärfürsbrunnens zu warnen scheint:

Schmieden Sie keine neuen Ketten freiwillig für Deutschland, lieber wollen wir die Ketten, die wir tragen, noch weiter tragen.“

Bis vor kurzem glaubte man aus Köln auch noch andere Töne zu hören. Nun, das „altehrliche“ Rheinland möchte sich noch lange dieser Jahrtausendfeier erinnern, wenn es das „föhlische Galy“ der Treue und Anhänglichkeit nach manchen Mäht haben wird. Kamentlich die Gebiete, die nicht wie Köln baldiger Befreiung entgegenzehen können.

Um Verlauf dieser denkwürdigen Rede schloß Herr Wdenauer vor, ein Nationaldenkmal auf dem Rheine, das die Namen der Soldaten an der Schilke des Kaiser, dem es errichtet ist, die Jahrestagung, die jenseit mit fürstlichem Beifall nicht letzte, hat diesen Vorschlag, auf den sie offenbar nicht vorbereitet war, zur Kenntnis genommen, ohne eine Meinung zu äußern. Reichspräsident hat den Vorschlag, ein Denkmal auf dem Rheine, die jenseit mit fürstlichem Beifall nicht letzte, hat diesen Vorschlag, auf den sie offenbar nicht vorbereitet war, zur Kenntnis genommen, ohne eine Meinung zu äußern. Reichspräsident hat den Vorschlag, ein Denkmal auf dem Rheine, die jenseit mit fürstlichem Beifall nicht letzte, hat diesen Vorschlag, auf den sie offenbar nicht vorbereitet war, zur Kenntnis genommen, ohne eine Meinung zu äußern.

Nun dürfen wir uns aber doch wohl nur freuen, wenn einmal Kaiser Statuett mit dem Rheinpolitik vollkommen zusammenfinden. In einem Punkte freilich wird man wohl etwas absteuern dürfen: Köln kann wohl ein wichtiges, aber nicht das Nationaldenkmal des Weltkrieges beanspruchen. Freuen wir uns, daß wir in Deutschland so reich an Statuettentypen mit einem Reichsbauere eine Stadt des Reiches so hoch über die andere ragt, um das Denkmal zu bauen. Auch Reich ist nur die erste unter Gleichen, nicht die tyrannische Kaiserstatuettin wie Paris. Wenn die Wärfürsbrunnens schon mit einem Reichsbauere angehen sind und in glücklicher Ergrünung ihrer Liebeslieferungen die bis dahin etwas wackelige Feldbernbrenne zu einem Weibeltempel für das in Versailles 1919 Verlorene ausgebaut haben, so ist das weit mehr für Deutschland, als je ein Denkmal in Marille oder Barbeuz für Frankreich zu sein vermöchte. So werden auch Brniasberg, Breslau und, wie ich besonders hervorheben möchte, Danzig und Wien ihre Denkmalsgedanken gestalten, die uns allen ebenso ans Herz greifen sollen, wie die meisten lebendigen Kräfte, die von den beredten Kränzen Münchens strömen, traunend, hoffend ins Land hinauszufliegen wie ein geisterhafter Glodenstein. Solche Denkmäler müssen unsere großen Städte alle haben; jedes mit einer eigenen Note, alle zusammenfindend. Vor allem wird natürlich Berlin einen großen Gedanken finden müssen. Im Rhein dieser Nationalität und Einheit zugleich aber dort Wdenauers Plan als glücklich begrüßt werden.

Das Grab des unbekanntem Soldaten ist zuerst von den Eisen errichtet worden, in einem ihrer Länder eins. Das darf uns den Gedanken nicht verdrängen. Dieser sind freilich bürgerlich im Denkmallen; Befehle brauchen Zeit, sich zu sammeln, haben dann aber Denkmale um nötiger. Und nun gar wir, das Volk ohne Fahne, ohne Banner, ohne einen großen Namen nahebei: denn ich nenne das keine Fahne, wenn es deren zwei gibt, keine Nationalfeier, wenn die eine Hälfte des Volkes abbleibt, den die andere feiern will, keine Nationaldenkmal, wenn auch die Gräber unter Gräbern regelmäßig immer nur einen Teil des Volkes andeuten, deren sie Andenken legen, während andere es heißen und betrieffen. In diesem tragischen Schicksal, in diesem peinlichen Auswurf der Unheimlichkeit unserer Vater und unserer eigenen Zivilisations mit jeder Schwärze des dem Volk, deren wir uns bedürfen, Verjammern in erziehen, heißen Gefühlen ermden



